

Diener zweier Herren

Sind die Wirtschaftsweisen so unabhängig wie nötig? Es gibt Indizien, die im Falle zweier Mitglieder des Sachverständigenrates daran zweifeln lassen

Marvin Oppong, Bonn

Der Rat der fünf sogenannten Wirtschaftsweisen ist ein hoch angebundenes Gremium. Seine Gründung im Jahr 1963 basierte auf dem eigens verabschiedeten »Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung«. Darin ist die Rede von einem Rat von »unabhängigen Sachverständigen«, der die »Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit« erleichtern soll. Kritiker werfen dem Rat nun mangelnde Unabhängigkeit vor.

Der Vorsitzende des Gremiums, der Konstanzer Wirtschaftsprofessor Wolfgang Franz, steht der neoliberalen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) nahe. Die Initiative wirbt vehement für Privatisierung, Steuersenkungen und weniger Sozialstaat und wird für ihre intransparente PR-Arbeit kritisiert. Im Jahr 2002 betrieb sie mit gekauften Dialogen Schleichwerbung in der ARD-Serie »Marienhof«. Franz übt zwar kein offizielles Amt bei der INSM aus, wirbt aber seit geraumer Zeit in einem »Plädoyer« auf der Webseite der Lobbyorganisation für eine Reform des Kündigungsschutzes und dafür, das Arbeitslosengeld II soweit zu senken, »wie es aus verfassungsrechtlicher Sicht möglich ist«. Bereits 2006 hatten vier der fünf Wirtschaftsweisen, darunter auch Franz, eine Kürzung des Arbeitslosengeldes gefordert, was für öffentliche Empörung sorgte. Vor drei Wochen trat Franz für eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes in wirtschaftlich schlechten Zeiten ein. Im Aufschwung solle diese Lockerung wieder zurückgenommen werden, »auf ein niedrigeres Niveau als jetzt«. Seine Forderung erhob der führende ökonomische Berater der Bundesregierung exklusiv in der Wirtschaftswoche (Verlagsgruppe Georg v. Holtzbrinck), die mit der INSM eng kooperiert. Zur Frage, welches Verhältnis ihn mit der Initiative verbindet, war von Franz keine Stellungnahme zu erhalten.

Dieter Rath, Geschäftsführer der INSM, verwies auf ein früheres Statement, das jedoch keine Aussage zu dieser Frage trifft. Statt dessen verlor der INSM-Manager ein wenig die Contenance gegenüber dem Autor: »Sie glauben doch nicht im Ernst, daß wir Ihnen nach dem tendenziösen Artikel in ›Junge Welt‹ (jW vom 6. August, Anm. d. Red.) noch weitere Auskünfte geben. Sie betreiben keinen Journalismus, sondern Denunziantentum. Das paßt auch hervorragend zu dem Stasi-Blatt«, so Rath.

Auch die Wirtschaftsweise Beatrice Weder di Mauro, Professorin für Volkswirtschaftslehre in Mainz, steht der INSM nahe. Sie ist Herausgeberin eines Buchs der Initiative mit dem Titel »Chancen des Wachstums«. Weder di Mauro sitzt darüber hinaus im Aufsichtsrat der ERGO-Versicherungsgruppe. Die Tochterfirmen dieses Konzerns, wie die Hamburg-Mannheimer, bieten Altersvorsorgeprodukte an, die direkt abhängig sind von der Rentenpolitik der Bundesregierung – die auch von Weder di Mauro beraten wird. Daneben sitzt die Italo-Schweizerin seit 2006 im Verwaltungsrat des Schweizer Pharmakonzerns Roche. Laut dem Roche-Geschäftsbericht 2008 erhielt Weder di Mauro, die dem Gremium noch bis 2010 angehören wird, für ihre Dienste im abgelaufenen Jahr insgesamt 300000 Schweizer Franken (ca. 196000 Euro) »Entschädigung« und weitere 60000 Franken »Aufwandsentschädigung« für die Mitgliedschaft in Unterausschüssen des Verwaltungsrats. Dem Bericht zufolge hielt die Wirtschaftsweise Roche-Aktien im Wert von über 20000 Euro. Weder di Mauros Engagement bei Roche ist deshalb problematisch, weil sich der Sachverständigenrat auch zu gesundheitspolitischen Fragestellungen äußert.

Franz nahm zu den Vorwürfen auf Anfrage keine Stellung. Weder di Mauro teilte mit, sie habe sich

»klare Regeln für Nebentätigkeiten auferlegt, die Interessenkonflikte vermeiden«.

Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher von Bündnis90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, kritisiert: »Die Bundesregierung muß durch verbindliche Richtlinien die Unabhängigkeit ihrer wissenschaftlichen Berater sicherstellen. Das mindeste ist, daß Interessenkonflikte bei Veröffentlichungen des Sachverständigenrats offengelegt werden.« Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke, hält es für »unerläßlich, daß die Mitglieder des Sachverständigenrats dazu verpflichtet werden, Tätigkeiten und Einkünfte, die auf für die Ausübung ihrer Analysen und Empfehlungen im Sachverständigenrat bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können, offenzulegen«.